

POLIZEI REPORT

G 46983

ISSN 0937-5333

Nr. 101 · März 2026



Bezirksgruppen Südosthessen und Osthessen in der Gewerkschaft der Polizei
und der PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen

**INFORMATIONEN
NACHRICHTEN
MITTEILUNGEN**

POLIZEI REPORT



Christian Störkel

**WERTE KOLLEGINNEN UND
KOLLEGEN,**

ich begrüße Euch recht herzlich zur ersten Ausgabe des Reports im neuen Jahr 2026. Ich hoffe sehr, dass Ihr die ersten Monate des Neujahrs nutzen könntet, um Energie und Kraft zu sammeln. Mit dem Aufgang des Neujahrs ist auch wieder einmal viel Bewegung in der Organisation der hessischen Polizei und unserer Gewerkschaft. Die Projekte (P 25, S 25, V/Z 25 und F 25) werfen Licht und Schatten auf unsere Organisationsstrukturen bei der Polizei voraus. Es ist kein leichtes Unterfangen für die Verantwortlichen der Projekte ihre Mitarbeiter bei dem nötigen Umbruch der gewachsenen Polizeistrukturen mitzunehmen. Dem Eindruck, dass die Polizei plötzlich das Rad ohne Not neu erfindet, muss sich die Polizeiführung erwehren. Solch Strukturreformen allein füllen noch längst nicht Kühlschränke in unseren Hausständen. Weder sorgen sie für einen warmen Herd in unseren Blaulichtfamilien, noch lindern sie auch nicht die hohen physischen und psychi-

Vorwort	3
Landtagsbesuch der GdP Südosthessen	5
Weihnachtsfeier der KG Main-Kinzig	8
Weihnachtsbereisung 2025	11
Neujahrsempfang der SPD in Langenselbold	12
Neujahrsempfang von CDA und FU in Steinheim	12
EPHK Enders im Ruhestand	15
Nachruf auf die Ermittlungsgruppen	15
Landesticket wirkt	17
Mehr geht immer – ein Demotivationsworkshop	17
Weihnachtsausflug der BZG Osthessen	19
Volker Sieker 50 Jahre in der GdP	21
Tarifseminar	21
JHV der KG Hersfeld-Rotenburg	22
Unsere Forderungen für der TV-H	24
Neujahr 2026 – ein ganz persönlicher Rückblick	25
Versteckte Gefahr oder offene Bedrohung?	27
Die hessischen Tarifverhandlungen 2026	30
GdP – es lohnt sich genauer hinzuschauen	31
Gleiche Straße – ungleiche Regeln	33

Titelbild: Grafik erstellt mit ChatGPT

Titelbild

schen Belastungen. Doch können diese Reformen, wenn sie durch die Führung nicht von oben herab, sondern mit einem menschlichen Augenmaß getroffen werden, gelingen. Eben nur mit und nicht ohne uns!

Ein Prüfstein unserer gewerkschaftlichen Tätigkeit liegt in diesem Jahr wieder auf den bevorstehenden Tarifverhandlungen zum TV-H. In Zeiten fortdauernder Inflation mit einem Reallohnverlust bei höheren Anforderungen ist ein respektable Tarifabschluss für die Beschäftigten

und Beamten Pflicht. Von einer Kür darf hier nicht die Rede sein. Dafür blieb in den vergangenen „Nullrunden“ vieles liegen. Daher fordern wir für die Tarifrunde 2026 eine Erhöhung der Tabellenentgelte um 7 Prozent, mindestens 300 Euro monatlich. Die Forderungen beinhalten eine Erhöhung der Ausbildungs- und Praktikantenentgelte um 200 Euro sowie eine Laufzeit von 12 Monaten. Ziel ist überdies eine zeit- und wirkungsgleiche Übertragung auf den Beamtenbereich. Dies ist keine Gefälligkeit, sondern eine Frage der Wertschätzung und der existenziellen

(inneren) Sicherheit. Getreu dem Appell: „Löhne rauf, sonst zahl ich drauf!“ gilt es den Druck auf die hessische Landesregierung hochzuhalten, denn ein mehr als gut und verlässlicher Dienst am Menschen im Geberland Hessen verdient eine solide Bezahlung, die dem bundesweiten Vergleich nicht nur standhält, sondern auch vorangeht und nicht wieder einmal Chancen brachliegen lässt. Auch das Beamtenrecht muss endlich wieder dem Tarifrecht folgen!

Die verfassungswidrige Besoldung oder Alimentation der Beamten muss endlich beendet werden. Solche Missstände von Verfassungsrang bedürfen der Reparatur. Auch die Modernisierung in den bereits genannten Projekten darf nicht auf Kosten derer gehen, die das System „Innere Sicherheit“ tragen. Wir als GdP Osthessen werden genau darauf achten, dass bei aller „Neuausrichtung“ der Mensch hinter der Uniform und am Schreibtisch nicht zum Rädchen im Getriebe des Polizeiap-

parates degradiert wird. Lasst uns dieses Jahr 2026 gemeinsam mit Wachsamkeit und Solidarität angehen. Nur gemeinsam sind wir stark genug, um sowohl organisatorisch als auch finanziell die Weichen richtig zu stellen. Ich wünsche Euch eine informative Lektüre und allzeit einen sicheren Dienst. Bleibt gesund und unserer Gewerkschaft gewogen! ■

Herzlichst,
Christian Störkel
Vorsitzender der BZG OH

LANDTAGSBESUCH

DIE GdP SÜDOSTHESSEN BESUCHT DEN HESSISCHEN LANDTAG

Im Rahmen einer Exkursion besuchten am 08.12.2025 zehn Mitglieder der GdP Südosthessen in Begleitung des GdP-Landesvorsitzenden Jens Mohrherr den Hessischen Landtag in Wiesbaden. Ziel war es, Einblicke in die parlamentarische Arbeit zu erhalten und den direkten Austausch mit der Politik zu fördern.

Zu Beginn der Veranstaltung erhielten die Teilnehmenden einen Einführungsvortrag über die Aufgaben, Strukturen und die Arbeitsweise des Hessischen Landtags. Dabei wurde anschaulich dargestellt, wie Gesetzgebungsverfahren auf Landesebene ablaufen und welche Rolle Ausschüsse, Fraktionen sowie das Plenum im parlamentarischen Prozess spielen.

Im Anschluss folgte eine Führung durch das Landtagsgebäude inklusive des historischen Schlossteils. Dabei standen die architektonischen Details und die kunstvolle Gestaltung im Mittelpunkt, die den historischen Charakter des Gebäudes



Im Besucherbereich des aktuellen Landtags

eindrucksvoll widerspiegeln und bei den Teilnehmenden großen Eindruck hinterließen.

Den Abschluss der Exkursion bildete eine Gesprächsrunde mit der innenpolitischen Sprecherin der SPD, Frau Lisa Gnadt.



Informationen • Nachrichten • Mitteilungen

der Bezugsgruppen Südosthessen und Osthessen
der Gewerkschaft der Polizei und der
PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen

Für die Bereiche Gelnhausen, Hanau, Offenbach,
Fulda, Schlüchtern, Hersfeld-Rotenburg, Vogelsberg,
PASt Langenselbold, PASt Bad Hersfeld,
PASt Petersberg

Herausgeber:

PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen
Wilhelmstraße 60a, 65183 Wiesbaden
Geschäftsführer: Heinrich R. Jud, Ppa. Jens Mohrherr
(Landesvorsitzender GdP Hessen)

Verleger:

POLREPORT-Verlagsges. mbH für Öffentlichkeitsarbeit,
Kölner Straße 132, 57290 Neunkirchen
Geschäftsführer: H. R. Jud, B. Jud

Büro Frankfurt:

Seckbacher Landstraße 6, 60389 Frankfurt
Telefon (0 69) 7 89 16 52

Verantwortlich für den Anzeigenteil:

Andreas Jochum, Stephan Buschhaus

Redaktion/Redaktionsanschrift:

GdP BZG Südosthessen
V.i.S.d.P. Thorsten Pfeiffer
Autobahnmeisterei Nr. 10, 63505 Langenselbold
GdP BZG Osthessen
V.i.S.d.P. Karsten Bech
Severingstr. 1-7, 36041 Fulda

Druck und Verarbeitung:

Saxoprint GmbH, Enderstr. 92c, 01277 Dresden

Erscheinungsweise: 15.3. / 15.6. / 15.9. / 01.12.

Der Bezugspreis von € 2,60 ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr für Rücksendung oder Veröffentlichung übernommen. Nachdruck aller Artikel, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet. Kürzungen der Artikel bleiben vorbehalten; die mit Namen versehenen Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Alle Artikel werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr veröffentlicht. Abgedruckte Beiträge gehen in das Verfügungsrecht des Herausgebers über. Die Benutzung von Anschriften zu Werbezwecken ist untersagt und wird als Verstoß gegen die gesetzlichen Bestimmungen über unlauteren Wettbewerb (Gesetz vom 7.6.1909) bzw. als Verletzung des Urheberrechts (Gesetz vom 09.9.1965) strafrechtlich verfolgt. Auch ist die Benutzung von Ausschnitten zur Anzeigenwerbung untersagt.

Redaktionsschluss 1.2. / 1.5. / 1.8. / 1.11.
(ISSN 0937-5333)

Die GdP-Mitglieder hatten hier Gelegenheit, im direkten Austausch ihre Erfahrungen und Sichtweisen aus dem polizeilichen Alltag einbringen und ihre gewerkschaftlichen Anliegen direkt zu adressieren. Im Fokus stand unter anderem der Großeinsatz in Gießen anlässlich der Gründung der sog. „Generation Deutschland“. Aber auch die Ausstattung und die Beamtenbesoldung wurden umfassend thematisiert.

Zum Dank überreichte der Bezirksgruppenvorsitzende Markus Hüschentbett Frau Gnadl eine kleine Geschenktüte mit GdP-Präsenten.

Nach der Veranstaltung ließen die Mitglieder den Ausflug bei einem heißen Getränk auf dem Wiesbadener Sternschnuppenmarkt ausklingen.

Die Exkursion wurde von allen Teilnehmenden als sehr gelungen bewertet. Sie unterstrich den Stellenwert des direk-

ten Dialogs zwischen Polizei und Politik und zeigte, wie wichtig persönliche Gespräche für ein gegenseitiges Verständnis und sachorientierte Diskussion sicherheitspolitischer Fragestellungen sind. ■

Felix Kuschel



Gesprächsrunde mit Lisa Gnadl



Besuch mit dem Maskottchen des Landtags, Löwe Leo



Ehemaliges Büro der Landtagspräsidenten, Besprechungsraum. Fast wie im PP SOH.



Vor dem Landtag



Im historischen Teil



Markus Hüschentbett mit der innenpolitischen Sprecherin Lisa Gnadl

WEIHNACHTSFEIER DER KREISGRUPPE MAIN-KINZIG

DIE PENSIONÄRE TREFFEN SICH IM DRAGONERBAU



Am 02. Dezember fand traditionell die Weihnachtsfeier der Kreisgruppe Main-Kinzig statt. Hierzu wurde der Dragonerbau in Langenselbold als Location ausgesucht.

Der Seniorenvertreter, Norbert Tumbrägel, freute sich über den guten Zuspruch, den alljährlich diese Veranstaltung findet und hoffentlich weiterhin finden wird. Begrüßen konnte er auch den Landesseniorenvorsitzenden der GdP Hessen, Bernd Braun. In seiner Begrüßung konnte er von Aktivitäten in der eigenen Kreisgruppe berichten.

Am 01.02.2025 fand eine Demonstration zum Besoldungsdiktat der Landesregierung statt.

Es folgte eine weitere 15.01.2025 in Alsfeld und am 25.01.2025 in Wiesbaden.

Am 11.03. 2025 fand eine Unterstützung unserer Aktiven für die Verhandlungen des TVÖD in Frankfurt statt.

Sie forderten 8% mehr Lohn, mindestens 350 €, zusätzliche drei Tage und 200 € mehr für die 'AZUBI'

Konkret zu uns.

Im TV-H gab es für die **Angestellten** 3 Einmalzahlungen von 1.000 € und am 01.08. 5,5% mehr aus der Tarifrunde 2024.

Im Febr. 2025 eine Erhöhung der Entgelttabelle um 200 € und im Nov. 25 eine Erhöhung der Jahressonderzahlung.

Die **Beamten** haben am 01.02. 4,8% mehr bekommen und die Erhöhung um 5,5% wurde auf den 01.08. festgelegt

um dann auf den 01.12. verschoben zu werden. Heute wissen wir, dass sie nicht weiter verschoben sondern ausgezahlt wurde.

Im Tarifvertrag Hessen gilt 24 Monate und endet am 31.01.2026. Es geht also Anfang des kommenden Jahres weiter.

Das werden ganz besondere Verhandlungen werden.

Im Vergleich: Grundschullehrer sollen hochgestuft werden auf die A 12.

In den nächsten Jahren sollen sie sogar A 13 bekommen.

In Rotenburg an der Fulda im zentralen hessischen Ausbildungszentrum für Finanzamt, Justiz und Straßenmeisterei gibt es eine Ausbildungsstätte mit Unterkunft.

Unsere Polizeianwärter müssen sich private Wohnungen mieten. Zahlen 15 € pro Quadratmeter;

Da kommen bei 30 qm 450 € zusammen. So wird die Polizei gegen Justiz und Finanzamt ausgespielt.

Interessante Bewegungen im Bund gibt es derzeit hinsichtlich verfassungswidriger Besoldung.

Bundesinnenminister Alexander Dobrindt wollte bis Ende November ein Gesetz vorlegen, wonach dem Rechnung getragen wird, dass die Beamtenbesoldung mindestens 15 % über der Grundsicherung liegt, wie es das Bundesverfassungsgericht 2020 gefordert hat. Damit alles rechtlich einwandfrei ist, soll die Nachzahlung fünf Jahre zurückreichen. Sind wir mal gespannt, wann sich in Hessen etwas tut.

Am 23.05.2025 fand unsere Jahreshauptversammlung in der Gaststätte Kaufmann's in Gelnhausen Meerholz statt.

Zahlreiche Aktive waren dem Aufruf gefolgt. Sabine Spangenberg als Bezirksgruppenvorsitzende begrüßte die Mitglieder und die Gäste.

Neben unserem Landrat Thorsten Stolz waren auch der Leiter der PD Main-Kinzig Martin Nickl anwesend. Außerdem der Vorsitzende im Hauptpersonalrat, Daniel Klimke. Er überbrachte Grüße vom Landesvorsitzenden Jens Mohrherr. Auch Marco Weller als Leiter der Abteilung Einsatz überbrachte die Grüße von PP Muth und Vize PP'in WETZ. Leider wechselte diese Position Ende des Jahres erneut.

Haben auch immer weniger Halbwertzeit, diese Präsidenten.

2010 bis 2020 Roland Ullmann / also rund 10 Jahre

01.09.2020 bis 01.09.2023 Eberhard Möller / also 3 Jahre

01.09.2023 bis 01.12.2025 Daniel Muth / also 2 Jahre und drei Monate

Erwähnt werden soll auch unser Sommerfest am 05. August, hier im Dragonerbau.

Wir konnten zahlreiche Kolleginnen und Kollegen mit Partnerinnen und Partnern begrüßen.

Am 16.08.2025 hat Norbert Tumbrägel mal wieder eine Herbstfahrt organisiert. Es ging zum 75. größten Weinfest nach Volkach in Unterfranken. Ein fast voll besetzter Bus. Wie ihm geschrieben



wurde, hat es allen gefallen. Hier war man halt an das Datum des Volksfestes gebunden. Es gab nicht ganz so viel Zuspruch wie sonst. Das lag wohl an dem letzten Ferientag in Hessen. Schauen wir mal, wo es nächstes Jahr hinget. Da wird es zwischen den Sommer und den Herbstferien stattfinden.

Hingewiesen wurde erneut auf die Einspruchsschreiben amtsangemessener Besoldung. Dazu wurden Einspruchsschreiben auf der GdP Homepage bereitgestellt.

Schlussendlich noch eine Anekdote aus dem Land Hessen. Das Land Hessen hat die HPS oder wie sie neudeutsch heißt HöMS, Hessische Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit, an eine Tochter der Commerzbank verkauft. Der Mietvertrag läuft bis 2033; Kurz, man

hört die Cobra vermietet nicht mehr und möchte dort oben in Dotzheim mit der tollen Aussicht Eigenheime bauen.

Die lassen sich natürlich toll vermarkten. Das zum Thema Privatisierung von öffentlichen Gebäuden durch den seinerzeitigen Ministerpräsidenten Koch.

In eigener Sache darf ich zum Schluss noch etwas loswerden. Ich meine in Sachen GdP. Noch nie hatten wir als GdP so viele Mitglieder. Aktuell sind es rund 200.000 im Bund. Damit sind wir weltweit die stärkste Berufsvertretung der Polizei.

Anschließend hatte der Landesseniorvorsitzende Bernd Braun das Wort. Er berichtete aktuelles und informatives aus Hessen und dem Bund. ■

GdP Main-Kinzig

**Gut,
dass es sie gibt.**



**Gewerkschaft
der Polizei**

www.gdp.de/hessen



WEIHNACHTSBEREISUNG 2025

TRADITIONELLE WEIHNACHTSBEREISUNG DES LANDRATS



das bisher Erlebte, die Zusammenarbeit mit den Ordnungsämtern und das bisher erhaltene Feedback der Bürgerinnen und Bürger. ■

Spangenberg / KG Main-Kinzig



Dieses Jahr fand wieder die traditionelle Weihnachtsbereisung des Landrats in der PD Main-Kinzig statt.

Der Ostkreis wurde dieses Jahr von dem Ersten Kreisbeigeordneten, Herrn Hofmann, zusammen mit dem Leiter der Abteilung Einsatz, Herrn Weller, dem Leiter der PD Main-Kinzig, Herrn Nickl, für den Personalrat, Frau Spangenberg sowie Herrn Wiesler von der Polizeiseelsorge bereist.

Bei den Dienststellen Pst. Bad Orb, Pst. Schlüchtern und Pst. Gelnhausen war unter anderem die Umstrukturierung innerhalb der Polizei (P / S 25) sowie die Neueinrichtung der Schutzmänner / Schutzfrauen vor Ort (SvO) Thema. Es fand ein reger Austausch diesbezüglich statt. Auch die Herausforderungen des vergangenen Jahres, u.a. die Absage der beliebten Veranstaltung „Kinzigtotal“ und der Umgang mit den kommenden Veranstaltungen wurde thematisiert.

Der SvO der Pst. Schlüchtern, POK Thomas Walther, schilderte seine Tätigkeit und seine bisherigen Erfahrungen in der kurzen Zeit.

Dem Westkreis nahm sich dieses Mal unser Landrat, Herr Thorsten Stolz, die stellvertretende PD-Leitung, Frau Willing, Frau Spangenberg (Personalrat) und Herr Wiesler (Polizeiseelsorge) an.

Die dortigen Dienststellen Pst. Langenselbold, das Polizeirevier Hanau und die Polizeiautobahnstation Südosthessen ließen den großen Umzug der Dienststellen nochmal Revue passieren und gingen auf die damit verbundenen Hürden, die in kurzer Zeit zu bewältigen waren, ein. Es wurde festgestellt, dass hier und da noch Verbesserungen durchgeführt werden sollten.

Die Pst. Maintal, vertreten durch PHK'in Schwan, ging auf die Besonderheiten des vergangenen Jahres ein und die neue SvO'in der Polizeistation, PHK'in Lachmann, stellte sich vor. Sie schilderte

NEUJAHRSEMPFANG DER SPD IN LANGENSELBOLD

Am Freitag, 16.01.2026 fand der Neujahrsempfang der SPD in der Klosterberghalle in Langenselbold statt.

Nach der Begrüßung des Vorsitzenden des Unterbezirks Main-Kinzig, Herrn Andreas Hofmann, welcher auch hauptamtlicher Erster Kreisbeigeordneter des Main-Kinzig-Kreises ist, sprach die Gastrednerin, derzeitige Ministerpräsidentin vom Saarland, Frau Anke Rehlinger. Frau Rehlinger ist seit 2022 im Amt und führt eine SPD-Alleinregierung. Sie ist die erste Frau an der Spitze der saarländischen Landesregierung und war zuvor bereits stellvertretende Ministerpräsidentin und Ministerin in verschiedenen Ressorts. Sie ist zudem stellvertretende Parteivorsitzende der SPD.

Frau Rehlinger sprach zur derzeitigen weltpolitischen Lage, unter anderem, dass der Ukraine-Krieg, wider Erwarten bereits seit Februar 2022 andauert, wir in Deutschland viele Jahre „auf Verschleiß“ gelebt haben, nicht nur die Deutsche Bahn betreffend. Es wird entsprechend lange dauern, bis dies behoben ist. Sie sprach die Digitalisierung an, dass wir auch in diesem Bereich „hinterher hinken“. Dieses Thema wird jedoch im Main-Kinzig-Kreis vorangetrieben und die Bürgerinnen und Bürger bekommen das Glasfaser finan-



ziert, was nicht überall in Deutschland der Fall ist. Am Ende ihrer Rede bekam die Ministerpräsidentin „Standing Ovations“ der Zuhörer.

Herr Landrat Thorsten Stolz folgte im Anschluss mit seiner Ansprache. Er erläuterte, dass sich im Main-Kinzig-Kreis viel bewege, der Ausbau des Glasfasernetzes ginge zügig voran, natürlich Dank des Hauptakteurs, der Breitband Main-Kinzig GmbH.

Es wird in Linsengericht ein Azubi-Campus gebaut, der 150 Auszubildenden eine bezahlbare Unterkunft bieten soll.

Im weiteren Verlauf bot sich die Möglichkeit, in den Austausch mit den verschiedenen SPD-Mandatsträgern zu treten. Die GdP legt Wert auf eine weiterhin fundierte Zusammenarbeit. ■

Sabine Spangenberg
KG Main-Kinzig

NEUJAHRSEMPFANG VON CDA UND FU IN HANAU-STEINHEIM

„KOMMUNE IM WANDEL: BÜRGERNÄHE, ARBEITSWELT, BÜROKRATIEABBAU UND DIGITALE PERSPEKTIVEN“

Am 31. Januar 2026 fand in Hanau-Steinheim der Neujahrsempfang unter dem Titel „Kommune im Wandel: Bürgernähe, Arbeitswelt, Bürokratieabbau und digitale Perspektiven“ statt. Veranstaltet wurde die Veranstaltung von der CDA (Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft ist der Sozialflügel der CDU), der Frauen Union sowie dem Gewerkschaftsrat der Union. Eingeladen waren auch Gewerkschafter.

Zu den Gästen und Referenten zählten Isabelle Hemsley (OB-Kandidatin für die kreisfreie Stadt Hanau), Manfred Pentz (Hessischer Minister für den Bund, Euro-

pa, Internationales und Entbürokratisierung), Pascal Reddig (MdB), Heiko Kasseckert (MdL), sowie Kai-Uwe Hemmerich (Landesvorsitzender der CDA Hessen und Mitglied des IG BCE-Landesbezirksvorstandes Hessen-Thüringen).

Im Mittelpunkt der Veranstaltung standen die tiefgreifenden Veränderungen, mit denen Kommunen und ihre Beschäftigten konfrontiert sind. Weitere Themen waren u.a. die vom Wirtschaftsflügel der CDU angestoßene Debatte bzgl. des Rechtsanspruchs auf Teilzeitarbeit, die wachsende Digitalisierung und auch „Goldplating“ (oder „Gold Plating“, be-

zeichnet in der Rechtswissenschaft die übermäßige Verschärfung von EU-Richtlinien bei deren Umsetzung in nationales Recht). Manfred Pentz, Deutschlands einziger Minister für Entbürokratisierung, prägte in diesem Zusammenhang den Satz, dass jedes Formular oder jede Berichtspflicht, die abgeschafft werde, eben nicht mehr digitalisiert werden müsse. Zum Abschluss gab es Gelegenheit für Diskussion und Fragen aus dem Publikum.

Aus gewerkschaftlicher Sicht ist klar: Digitalisierung kann nur dann ein Fortschritt sein, wenn sie zu echten Arbeitserleichterungen führt und nicht zu



Heiko Kassekert Mdl



Minister Manfred Pentz



Pascal Reddig MdB

zusätzlichem Aufwand, Verdichtung oder Stellenabbau. Gerade die Einführung der Elektronischen Akte in Strafsachen (EAS) hat dem Polizeibereich Mehrarbeit gebracht, während Staats- und Anwaltschaften entlastet wurden. Die Hauptarbeit der Digitalisierung liegt nun bei dem einzelnen Sachbearbeiter im Polizeibereich. Jeder einzelne Vorgang erfordert nun mehr Zeit, und nicht wenige haben den Eindruck einen Betatest durchzuführen.

Ebenso muss Bürokratieabbau mit klaren, praxistauglichen Strukturen verbunden sein – und darf nicht zu Rechtsunsicherheit oder Mehrarbeit für die Beschäftigten führen.

Die Beiträge machten deutlich, dass Behörden und Kommunen dringend bessere Rahmenbedingungen benötigen. Dazu gehören aus Sicht der GdP vor allem:

- * ausreichende Personalbemessung,
- * verbindliche Mitbestimmung,
- * moderne Arbeitsbedingungen und
- * verlässliche Tarifstrukturen.

Nur mit motivierten, gut ausgestatteten und fair behandelten Beschäftigten kann Bürgernähe tatsächlich gelingen.

Der Neujahrsempfang bot eine gute Gelegenheit zum Austausch über diese Themen und Vernetzung. Für die GdP bleibt entscheidend, dass die angekündigten Reformen nicht nur politisch beworben, sondern auch fair und im Sinne der Beschäftigten umgesetzt werden. ■

Markus Hüschentbett, Bezirksgruppe Südosthessen
Fotos: GdP SOH



von links: Achim Dietenhöfer (GdP), DGB-Kreisverbandsvorsitzender Main-Kinzig, die Gastgeber Kai-Uwe Hemmerich (CDA) und Srita Heide (Frauen Union Main-Kinzig), Markus Hüschentbett (GdP Landesvorstand Main-Kinzig sowie GdP Südosthessen).

*„Wir kämpfen
für Eure Interessen!“*



**Gewerkschaft
der Polizei**

www.gdphessen.de

„DER KAPITÄN GEHT VON BORD“

DSL EPHK ENDERS NIMMT KURS AUF DEN RUHESTAND

Mit Ablauf des Monats Januar 2026 ging Stationsleiter EPHK Stefan Enders in den wohlverdienten Ruhestand. Seine Laufbahn begann am 01.10.1981 in der V.HBPA Kassel, von 1984 bis 1991 in der Bepo Hanau. Nach einem kurzen Abstecher zur Pst. Sontra von Januar bis August 1991, war er in allen Stationen der PD Main Kinzig tätig. 2020 führte sein Weg zurück in Heimatnähe als DEG-Leiter der Pst. Schlüchtern. 2023 übernahm er diese als Stationsleitung.

Seine Kollegen schätzen ihn für sein jederzeit offenes Ohr in allen Belangen, seine Menschlichkeit und Verlässlichkeit. Mit seiner fachlichen Kompetenz und seiner Erfahrung steuerte er seine Mannschaft durch jeden Sturm.

Nun steht er mit Rat und Tat seinen Kindern beim Hausbau bei, kann mit seiner Frau Heike die Urlaube genießen und auf große Segeltouren gehen, hat Zeit für sein größtes Hobby den Land Rover und kann sich im TV Neuhof wieder tatkräftig engagieren.

Sandra Janes übermittelte die besten Wünsche der GdP Kreisgruppe Main Kinzig und wünschte dem frischgebackenen Pensionär für die Zukunft viel Gesundheit, Glück, Zufriedenheit und Zeit für die schönen Dinge im Leben. ■

Sandra Janes
Kreisgruppe Main-Kinzig



NACHRUF AUF DIE ERMITTLUNGSGRUPPEN

VERNICHTET DURCH DIE „UMSTRUKTURIERUNG“ P25



Sie waren das Rückgrat unzähliger Ermittlungen.

Sie standen für Fachwissen, Erfahrung, Teamgeist und runde Vorgänge. Und sie waren vor Ort – dort, wo die Geschädigten wohnten, nicht am anderen Ende des Landkreises.

Mit der Umstrukturierung P25 wurden die Ermittlungsgruppen der hessischen Polizei faktisch abgeschafft. Was auf dem Papier als „Modernisierung“ und „Verschlankung“ verkauft wurde, bedeutete

in der Realität das Ende einer bewährten Arbeitsform, die über Jahrzehnte erfolgreich Straftaten aufgeklärt und Opfer unterstützt hat. Für viele Kolleginnen und Kollegen aus dem Schichtdienst waren sie zudem eine Möglichkeit, auf der eigenen Dienststelle in den Tagdienst zu wechseln.

Die Ermittlungsgruppen waren mehr als nur Organisationseinheiten. Sie waren eingespielte Teams, die – egal ob regional oder dezentral – ermittelten: mit Herzblut, Fachkompetenz und in einem familiären Umfeld mit Nähe zum Schichtdienst.

Ihr Verlust ist nicht nur ein struktureller Einschnitt, sondern auch ein menschlicher. Kolleginnen und Kollegen wurden auseinandergerissen, gewachsene Strukturen zerschlagen und wertvolles Erfahrungswissen verstreut. Zurück bleibt eine Lücke, die kein noch so modernes Organigramm schließen kann – und Liegenschaften, die überfüllt werden, während andere leer bleiben. Ob und wann diese sogenannte Reform zu messbaren Erfolgen führen wird, steht in den Sternen. Eins ist klar: In naher Zukunft werden sich zunächst Vorgangshalden mit unbe-

arbeiteten Strafanzeigen im vierstelligen Bereich bilden – wie bei anderen Zusammenlegungen in der jüngeren Vergangenheit auch.

Wir nehmen Abschied von einer Arbeitsform, die für Bürgernähe und regionale Kenntnisse stand.

Für gegenseitige Unterstützung zwischen Tagdienst und Schichten.

Für Ausdauer statt Aktionismus.

Für echte Ermittlungsarbeit statt bloßer Fallverwaltung.

Die Ermittlungsgruppen leben weiter – in den Erfolgen, die sie erzielt haben, – in den Kolleginnen und Kollegen, die sie geprägt haben,

– und in der Erinnerung an das, was möglich ist, wenn man Polizei nicht nur verwaltet, sondern sie lebt.

Ruhet in Frieden. ■

Markus Hüschent
Bezirksgruppe Südosthessen

Gewidmet „Vadder“ JR, der uns gezeigt hat, wie ein runder Vorgang aussieht.

LANDESTICKET WIRKT

IMMER MEHR BESCHÄFTIGTE STEIGEN UM

Das Landesticket zeigt Wirkung: Immer mehr hessische Landesbedienstete verzichten auf das Auto und nutzen Bus und Bahn für ihren Arbeitsweg. Laut einer Auswertung des hessischen Verkehrsministeriums hat inzwischen mehr als jede und jeder zehnte Beschäftigte des Landes – darunter auch viele Kolleginnen und Kollegen aus der Polizei – seit der Einführung des Tickets ein Auto abgeschafft. Insgesamt sind dadurch rund 36.000 Fahrzeuge weniger auf Hessens Straßen unterwegs.

Besonders erfreulich: Der Anteil der Landesbeschäftigten, die mit öffentlichen Verkehrsmitteln pendeln, ist deutlich gestiegen – von 16 Prozent im Jahr 2017 auf mittlerweile 29 Prozent. Damit liegt der öffentliche Dienst klar über dem landesweiten Durchschnitt. Laut Statistischem

Landesamt nutzten 2024 rund 18 Prozent aller Pendlerinnen und Pendler in Hessen Bus und Bahn, bundesweit waren es 16 Prozent. Zwei Drittel der Berufspendler fahren nach wie vor mit dem Auto, sieben Prozent kommen mit dem Fahrrad, acht Prozent zu Fuß.

Das Landesticket entlastet nicht nur die Umwelt, sondern auch die Beschäftigten – finanziell wie organisatorisch. Gerade für Kolleginnen und Kollegen, die regelmäßig zwischen Dienststellen pendeln oder weite Wege zur Arbeit haben, bedeutet das Ticket eine spürbare Erleichterung. Und auch im Dienst wird das Ticket für den ein oder anderen Weg genutzt.

Wünschenswert und ein nächster Schritt wäre es, wenn statt des Hessentickets allen Beschäftigten ein Deutschlandticket im Rahmen des nächsten Ta-

rifvertrags garantiert würde. So könnten auch Kollegen die außerhalb Hessens wohnen davon umfänglich profitieren, die Straßen würden noch mehr entlastet, und die Attraktivität des Landes als Arbeitgeber wäre gesteigert. ■

Markus Hüschentbett



„MEHR GEHT IMMER“

EIN HESSISCHER DEMOTIVATIONS-WORKSHOP

Ort: Ein Konferenzraum im Wiesbadener Landtag.

Teilnehmer:

Politiker X – zuständig für „Innere Sicherheit, äußere Geduld und Moral“

Dr. D – zertifizierter Demotivations-trainer, Schwerpunkt: Behörden

Eine **Thermoskanne** mit lauwarmem Filterkaffee

D: *(klatscht einmal langsam):*

Herzlich willkommen zu „Mehr geht immer – Motivation erfolgreich vermeiden“.

Heute lernen wir, wie Sie Ihre Landesbeschäftigten im Polizeibereich endlich dahin bringen, wo sie hingehören: in die innere Kündigung.

X: Sehr gut. Wir haben das Gefühl, die sind immer noch... zu engagiert. Dabei haben wir in den vergangenen Jahrzehnten so viel versucht um die Stimmung zu senken.

Die Erhöhung der Wochenarbeitszeit von 38,5 Stunden auf 42 im Jahre 2003.



Vorher konnte der Schichtdienst tatsächlich selbst mit 5 Dienstgruppen mal einen ganzen Umlauf im Monat freimachen. Wo sollen wir da hinkommen? Mit der Erhöhung durfte ca. ein Monat pro Jahr kostenlos gearbeitet werden! Selbst mit der Senkung auf 41 im Jahr 2017 ist Hessen

im Vergleich mit anderen Bundesländern noch vorn!

Die Erhöhung der Lebensarbeitszeit 2010! Endlich bis Verbrecherjagd bis 62, ob die Bandscheibe raus springt oder nicht. Gerade für diejenigen, die mit 60 Jahren Dienstzeit und 38,5-Stundenwo-

che vom Einstellungsberater geködert wurden, gab das erst mal einen Dämpfer. Ach ja, der Roland K., das war ein Genie im Bereich der Demotivationswissenschaften.

Auch, dass seit 2015 Chefarztbehandlung und Zweibettzimmer kostenpflichtige Wahlleistungen für die Landesbeamten sind, können viele nicht vergessen.

D: *(nickt aufmunternd)*

Ja, das alles hat die Motivation Schritt für Schritt gesenkt, aber denken Sie an das Langzeitprojekt! Der Ausstieg aus der Tarifgemeinschaft der Länder 2010. Mann, da konnte so richtige Kohle gespart werden – also bei den Beschäftigten, natürlich nicht bei uns Politikern. Das sorgt nicht nur einmal für Demotivation, sondern dauerhaft.

X: Ja, aber jetzt kommen dauernd Klagen und Urteile rein, dass das nicht verfassungskonform war... müssen wir am Ende... nachzahlen?

D: *(drückt den traurig und sparsam schauenden Politiker mitfühlend)*

Ja, aber wir machen das Beste daraus, zögern es möglichst lange hinaus, und zahlen nur an diejenigen die Widerspruch eingelegt haben, und legen am besten keinen Titel dafür im Haushalt fest.

X: Am besten lassen wir es die Landesbeschäftigten selbst bezahlen... weniger Beförderungsmöglichkeiten und weniger Neueinstellung. Stellenhebungen gibt's keine mehr. Oder Weiterentwicklungsmöglichkeiten im Tarifbereich.

D: *Sehr gut Herr X, ich sehe unsere Treffen haben sich bezahlt gemacht. Aber wir müssen noch ein paar demotivierende Dinge verordnen – nur der Rotationserlass und AqV reichen nicht aus um mehr Beschäftigte in die Kündigung zu treiben. Klar, das werden immer mehr die beim Land kündigen, aber lange nicht genug.*

X: Na gut, für die Wachpolizei haben wir uns ja was einfallen lassen... „Schärfung der Aufgaben“, gnihihi. Nur nicht außerhalb des Gewohnten, was am Ende noch Abwechslung bietet oder Spaß machen könnte. Und Verwendungsmöglichkeiten für Wachpolizisten, die keinen Schichtdienst mehr machen können, die suchen wir aus Prinzip nicht raus. Oder eine bessere Absicherung.

D: *Alles gute Ansätze, aber wir brauchen noch mehr Demotivation.*

X: Wir lassen viele unnötige Mails weiterleiten mit der Bitte um Kenntnisnahme und weitere Veranlassung?

D: *Das passiert doch seit es E-Mails bei der Polizei Hessen gibt dauernd. Der überwiegende Teil wird gelöscht. Die Beschäftigten sind einfach zu abgestumpft. Na, soll ich einen Tipp geben?*

X: Nein, nein, ich komme drauf... Wir organisieren einfach alles um im Polizeibereich.

D: *Wie alles?*

X: Na, alles eben, den Ermittlungsbereich, den Schichtdienst, Zentrale Dienste, Verwaltung... alles eben. Wir vereinheitlichen alles, alle Behörden, Brecheisen statt Präzision. Ob es passt oder nicht, ob Liegenschaften dazu vorhanden und geeignet sind oder nicht, egal. Und möglichst viele sollen wechseln, Tätigkeit oder Dienstort, am besten beides. Auch die Beschäftigten kurz vor dem Ruhestand. Ermittlungsgruppen, pffft, wer braucht das...

D: *Ein ausgezeichnete Vorschlag! Auch Sie sind ein Genie im Bereich der Demotivation! Wir behaupten einfach es geht nicht anders, und vorher sei alles ineffizient gewesen. Allein der Verwaltungsaufwand! Aber da geht noch mehr. Ich glaube an Sie!*

X: Okay, okay...hmmm. Okay, wir nehmen einfach ganz vielen Führungskräften ihre Führungsaufgaben weg. Auch denen, die schon viele Jahre Führungsaufgaben hatten. So geht Perspektivlosigkeit!

D: *Okay, aber die Führungsaufgaben müssen doch erledigt werden?*

X: Na klar, das machen dann die Führungskräfte die noch Führungsaufgaben haben – nur haben die nun für das gleiche Geld noch viel mehr zu tun. Man muss bei der Demotivation auch mal um die Ecke denken! Das bringt nachhaltige Mutlosigkeit.

Und erst der Schichtdienst! Was werden die sagen, wenn sie nicht mehr ihre beliebten Schichtmodelle nutzen dürfen...

(reibt sich die Hände und überlegt sich welche Gerüchte es dazu geben wird)

D: *Okay, okay, aber was wenn Kritik kommt? Gerade diese nervigen Personalräte und Gewerkschafter, die machen das ja dauernd und behaupten, es sei ihre Aufgabe. Impertinente Weltverbesserer!*

X: Naja, wenn mundtot machen nicht funktioniert framen wir sie einfach als „Miesmacher“ und nennen das Demotivationsprojekt eine „Herausforderung“. Framing und Euphemismen, einfach aber wirksam. Das wusste schon der damalige Innenminister Volker B. im Jahr 2007, als er die GdP-Demonstranten in Baunatal in der Presse als „Krawallmacher“ betitelt hat.

D: *Perfekt das Erlernte eingesetzt. Ich sehe, ich konnte Ihnen weiterhelfen. Sagen wir nun alle gemeinsam: „Wir schätzen Ihre Arbeit sehr und danken für Ihren Einsatz.“*

X: „Wir schätzen Ihre Arbeit sehr und danken für Ihren Einsatz!“

D: *Und jetzt das Wichtigste: Tun Sie nichts, was dazu passt.*

(Stille. Der Kaffee ist leer. Niemand füllt ihn nach.)

X: Ich fühle mich großartig. Können Sie nächstes Jahr wiederkommen?

D: *Natürlich. Dann machen wir den Aufbaukurs:*

„Wertschätzung glaubwürdig vermeiden – mit PowerPoint.“

(Beide nicken zufrieden. Draußen fährt ein Streifenwagen vorbei. Das Blaulicht flackert – der Motor hustet.)

Markus Hüschent, PS26 (Projekt Satire 2026)

Foto: Jens Mohrherr
Grafik Türschild: OpenAI (DALL-E), KI-generiert



WEIHNACHTSAUSFLUG DER BZG OH

ES GING IN DIE VW-STADT WOLFSBURG

Wie in jedem Jahr fand auch Ende 2025 ein von der Bezirksgruppe Osthesen hervorragend durchorganisierter Ausflug zu einem der zahlreichen deutschen Weihnachtsmärkte statt. Diesmal führte uns die Fahrt vom 13. bis 14.12 in die VW-Stadt Wolfsburg. Keine BZG-Fahrt ohne ein traditionelles Frühstück.

So wurde auch diesmal wieder eine Reiseunterbrechung eingeplant, die keine Wünsche offenließ. Mit ausgezeichneten Vogelsberger Wurstwaren und Käsespezialitäten konnten wir gut gestärkt gen Wolfsburg durchstarten.

Dort angekommen musste unser armer Busfahrer zunächst mit den Widrigkeiten der Verkehrsregelungen klarkommen: Eine Brücke war für unseren 18-Tonner-Bus nicht passierbar und der Druck in mancher Blase drohte nach dem Konsum des einen oder anderen Lustigmacher zu bersten. Schließlich erreichten wir die Autostadt Wolfsburg mit angegliederter Outlet-City. Standesgemäß fanden wir einen Parkplatz unmittelbar bei der Polizeiinspektion Wolfsburg, welcher für die Einfahrt eines dreiachsigen Busses eigentlich gar nicht geeignet und vorgesehen war. Auch hier wieder galten unser Respekt und Mitgefühl wieder mal dem hervorragenden Busfahrer.

Nach einem kurzen Shopping-Abenteuer durch die Outlet-City ging es hinein in die Volkswagen Autostadt. Hier war



eine Führung durch die Welt des Volkswagen Konzerns für uns gebucht, die eigentlich eine Dauer von zwei Tagen hätte haben dürfen. Autoenthusiasten kamen in jedem Fall auf ihre Kosten. Selbstverständlich durfte die klassische VW-Currywurst mit der Volkswagen Teilenummer „199 398 500 A“ und dem dazu passenden VW-Gewürz-Ketchup mit der Teilenummer „199 398 500 B“ nicht fehlen.

Das Highlight der Führung durch die Geschichte des Volkswagen-Konzerns mit

all seinen Marken wie Bugatti, Porsche oder Cupra war das Feuerwerk der Illumination des wunderschönen Weihnachtsmarktes in der Autostadt zum Abschluss. Danach ging es in ein hervorragendes Hotel, welches in puncto Service und Unterbringung keine Wünsche offenließ.

Das Buffet zum Abendessen rundete einen wunderschönen Tag vorzüglich ab.

Wem danach noch nach Bewegung war, konnte den Wolfsburger Weihnachtsmarkt mit einer Livemusik-Vorfüh-



rung erkunden. Aber auch die Hotelbar fand noch der eine oder andere Reisende.

Nach einem Frühstück, welches ebenfalls seines Gleichen sucht, ging es gut gestärkt wieder zurück in Richtung Heimat. Jedoch nicht ohne zuvor einen Zwischenstopp am Kasseler Märchenweihnachtsmarkt einzulegen. Der hat es eigentlich verdient, einen ganzen Tag dort zu verbringen, doch auch der schönste Ausflug geht mal zu Ende und so traten wir mit glücklichen Gesichtern und platten Füßen die Heimreise an. Unser Dank geht an die Organisatorinnen Alex und Iris für zwei wundervolle Tage. ■

Harald Schlenk
BZG OH



VOLKER SIELER 50 JAHRE IN DER GdP



Unser Mitglied Volker Sieler konnte im vergangenen Jahr auf 50-jährige Mitgliedschaft in der GdP zurückblicken.

Er trat mit Dienstbeginn am 01.10.1973 in der damaligen V. HBPA in die größte Berufsvertretung der Polizeiangehörigen ein. Nach dem Grundjahr wechselte er zur III. HBPA nach Mühlheim. Von dort führte ihn sein Weg nach der I. Fachprüfung (April 1976) zum PP Frankfurt/Main. Hier versah er Dienst auf dem 4. Revier.

Volker folgte dem Ruf der Heimat und wurde 1981 zum damaligen PK Bad Hersfeld in die Dienstgruppe -C- versetzt. Bereits 1983 verließ er die Schutzpolizei und wurde zum damaligen KK Bad Hersfeld versetzt. Nach Durchlaufen des Kriminalübernahmelehrgangs versah er seinen Dienst im K 21. Aufgrund der Neu- und

Umorganisation der Polizei versah er ein Jahr Dienst bei der Dezentralen Ermittlungsgruppe Bebra. Anschließend kehrte er nach Bad Hersfeld ins K 21 zurück. Von diesem Dienstposten wurde er 2018 in den wohlverdienten Ruhestand versetzt.

Adelbert Steinberg suchte Volker Sieler in seinem Wohnort auf, übergab ihm die Urkunde und dankte Volker für die lange Zugehörigkeit. Für die weitere Zukunft wünschte Adelbert ihm viel Gesundheit und gab der Hoffnung Ausdruck, dass Volker weiterhin der GdP die Treue halten wird. ■

Adelbert Steinberg,
KG Bad Hersfeld-Rotenburg

TARIFSEMINAR

Am 21.01.2026 fanden sich auch im neuen Jahr wieder einmal zahlreiche Mitglieder des Landesverbands Hessen der Gewerkschaft der Polizei (GdP) zu einem von den in Vielzahl angebotenen Seminaren ein. Hierbei fand als Jahresaufgangsveranstaltung unter Leitung des sachkundigen Referenten, Herrn Armin Gossel, das sogenannte „Tarifseminar“ im zentral von Hessen gelegenen MAXI-Autohof in Mücke statt. Dieser bot den im Gros von

(fast) allen Polizeibehörden angereisten Beschäftigten und auch den vereinzelt, teilnehmenden Beamten einen - insbesondere auch kulinarisch - angemessenen Rahmen im Rittersaal für die komplexe Materie des Tarifs für Hessen, dem „TV-H“. Bereits nach einigen Minuten ließ sich von Seiten des geeigneten Seminarteilnehmers unschwer konstatieren, dass mit Herrn Gossel, nicht nur ein namhafter Referent, sondern auch ein ausgewiesener

Kenner des Tarifrechts gewonnen werden konnte.

Sachlich souverän und bei der Vermittlung von Wissensinhalten geschickt führte jener durch das Tarifseminar. Von der inhaltlichen Gliederung des TV-H, über die Tarifautomatik und weitere Grundsätzlichkeiten bis hin zur Besprechung der hessischen Entgeltordnung wurden die Themen akribisch erarbeitet. Ein reger Austausch unter den Teilnehmern fand

statt. Aufkeimende Fragen beantwortete Herr Armin Gossel rechtssicher als auch treffend. Unter dem Gesichtspunkt, dass auch in den nächsten Wochen wieder im Hessenland die Verhandlungen um den einschlägigen Tarif aufgenommen werden, kam das Seminar zur rechten Zeit, um nochmal die anwesenden Gewerkschafter, Personalräte, Beschäftigten und

Beamte zu ertüchtigen, zu sensibilisieren und jenen die nötige Sachkunde mit an die Hand zu geben. Trotz komplexer Rechtsmaterie war es ein informatives und kurzweiliges Seminar.

Zum Schluss der Veranstaltung zeigten sich alle Anwesenden einig, nämlich dass es ein lohnendes Tarifseminar ihrer GdP gewesen war, bei dem ein Jeder et-

was mitnehmen konnte. So bleibt schließlich zu hoffen, dass das Tarifseminar sein „Revival“ spätestens wieder vor den übernächsten, hessischen Tarifverhandlungen erlebt. ■

Christian Störkel
BZG OH

JHV DER KG HERSFELD-ROTENBURG

Am Freitag, dem 30.01.2026 fand die Jahreshauptversammlung der GdP-Kreisgruppe Hersfeld-Rotenburg in der Gaststätte „La Magica“ in Ludwigsau-Friedlos statt.

Witterungsbedingt sagten kurzfristig einige Kolleginnen und Kollegen ab, da die Straßenverhältnisse eine Anreise erheblich erschwerten. Dennoch konnte der Vorstand mehr als 20% der Mitglieder zur Jahreshauptversammlung begrüßen.

Als Gäste nahmen Polizeipräsident Michael Tegethoff, sowie der Direktionsleiter der Polizeidirektion Hersfeld-Rotenburg, PD Marco Schweitzer, an der Sitzung teil.

Vorsitzender Martin Mohr begrüßte alle Anwesenden recht herzlich. Es handelte sich um die erste Jahreshauptversammlung nach der der Zusammenlegung der Kreisgruppen PAST Bad Hersfeld und Hersfeld-Rotenburg. Nach der Begrüßung stellten die Mitglieder fest, dass für die Jahreshauptversammlung ordnungsgemäß und fristgerecht geladen wurde. Ge-



Georg Pfromm – Ehrung für 50 Jahre GdP-Zugehörigkeit

gen die Tagesordnung gab es keine Einwände.

Zu Beginn ehrte der Vorstand mehrere Mitglieder für ihre langjährige Mitgliedschaft und Treue zu ihrer GdP. Leider mussten mehrere zu Ehrende aus persönlichen und gesundheitlichen Gründen die Teilnahme an der Sitzung absagen. Wir wünschen den Erkrankten alles Gute und viel Kraft für die Zukunft – Gute Besserung.

An dieser Stelle möchten wir zwei Jubilare erwähnen, die für die 50-jährige Mitgliedschaft in der GdP geehrt wurden: Helmut TOMCZAK (war leider verhindert)

Georg PFROMM

Den Jubilaren wurde die Urkunde, die Anstecknadel sowie eine kleine Anerkennung überreicht. Den Abwesenden werden die o.a. Sachen nachgereicht.

Des Weiteren wurde Michael GROHMANN für seine langjährige Tätigkeit im Kreisgruppenvorstand geehrt. Martin Mohr überreichte ein kleines Dankeschön der Kreisgruppe und bedankte sich für die engagierte Mitwirkung im Vorstand.

Michel – vielen Dank!

Nach den Ehrungen gedachten die Anwesenden den verstorbenen Mitgliedern der Kreisgruppe.

Im Anschluss folgte der Bericht des Vorsitzenden. Beginnend mit der – durchaus positiven – Mitgliederentwicklung stellte Martin Mohr den im letzten Jahr neugewählten BZG-Vorstand vor. Es folgte eine Übersicht der aktuellen Führungskräfte des PP Osthessen.

Einen großen Teil des Berichtes nahm der Veränderungsprozess der Hessischen Polizei in Form von P25 und S25 ein. Diesbezüglich versuchte Martin Mohr der Versammlung einen Einblick in folgende Fragen zu geben: Wie sehen künftig die Direktionen aus? Welche Zuständigkeiten

ergeben sich aus der Umorganisation? Kommt ein neues Wechselschichtdienstmodell?

Gewerkschaftspolitische Themen wie eine verfassungskonforme Besoldung, die Änderung bei der Wachpolizei sowie die anstehenden Tarifverhandlungen wurden dargestellt und im Anschluss rege diskutiert.

Michael DÖRSCHMANN stellte die Finanzen der Kreisgruppe übersichtlich dar. Auf Antrag von Kassenprüfer Harald SCHOLZ wurde der Vorstand durch die Versammlung entlastet.

Anschließend richtete Polizeipräsident Michael Tegethoff ein Grußwort an die Anwesenden. In seiner Rede ging er auch auf die Herausforderungen der anstehenden Umorganisation ein. Der Polizeipräsident stellte die Thematik aus Sicht der Behörde dar und erwähnte lobend den konstruktiven Austausch mit den Personal- und Gewerkschaftsvertretern.

Polizeidirektor Marco SCHWEITZER nutzte die Gelegenheit des Grußwortes als Abschied, denn er verlässt die PD Hersfeld-Rotenburg nach nun mehr als 3 Jahren in Richtung PP Nordhessen.

Unter dem Punkt „Verschiedenes“ wurde konstruktive Kritik geäußert, die berechtigt ist und an die betreffende Stelle weitergegeben und diskutiert wird.

Am Ende der Sitzung aßen, tranken und diskutierten die Mitglieder noch in kleineren Runden und ließen den Abend ausklingen.

Durch die Rückmeldung der Anwesenden kann festgestellt werden, dass es eine interessante und informative Jahreshauptversammlung war. ■

KG HEF-ROF

UNSERE FORDERUNGEN FÜR DEN TV-H

START DER VERHANDLUNGEN AM 27. FEBRUAR

LÖHNE RAUF
SONST ZAHL'
ICH DRAUF.



WIR FORDERN

- ERHÖHUNG DER TABELLEN-ENTGELTE UM 7 %, MINDESTENS ABER UM 300 € MONATLICH
- ERHÖHUNG DER AUSBILDUNGS-ENTGELTE UM 200 € MONATLICH
- LAUFZEIT (AUSSER ZEIT-ZUSCHLÄGE): 12 MONATE
- ZEIT- UND INHALTSGLEICHE ÜBERTRAGUNG AUF BEAMTEN UND VERSORGUNGSEMPFÄNGER

Tarifrunde TV-H 2026



NEUJAHR 2026 – EIN GANZ PERSÖNLICHER RÜCKBLICK

EINE RÜCKSCHAU VOLLER DANKBARKEIT UND EIN ENTSCLOSSENER BLICK VORAN

Ein neuer Jahresanfang trägt immer ein Versprechen in sich: Aufbruch. Veränderung. Zuversicht. Für mich fühlt sich dieser Moment anders an als all die Jahre zuvor. Intensiver. Ehrlicher. Vielleicht auch verletzlicher. Fünf Jahre bin ich nun Landesvorsitzender – fünf Jahre, in denen ich viel gelernt habe: über Politik, über Macht, über Widerstand. Aber vor allem über Menschen. Über Kolleginnen und Kollegen, die täglich Verantwortung tragen, oft über ihre Belastungsgrenze hinaus. Und über mich selbst.



Ich habe dieses Amt nicht übernommen, um zu verwalten oder es allen recht zu machen. Ich habe es übernommen, um Haltung zu zeigen. Und ich habe schnell verstanden: Haltung kostet – Schlaf. Kraft. Manchmal auch Leichtigkeit.

Wenn ich zurückblicke, ziehe ich keine Bilanz. Ich empfinde Dankbarkeit.

Dankbarkeit für jede ehrliche Kritik, für jedes offene Wort, für jedes Lächeln auf dem Flur, an der Dienststelle, im Einsatz. Dankbarkeit auch für Konflikte – denn sie haben uns nicht geschwächt, sondern weiter geschärft und gestärkt.

Die hessische GdP ist stark. Und ja: darauf bin ich stolz.

Weil wir spürbar näher zusammengerückt sind. Weil diese Gewerkschaft Haltung hat. Eine Stimme. Rückgrat.

2025 hat Spuren hinterlassen. Tiefe.

Die getöteten Kolleginnen und Kollegen im Dienst haben uns aus dem Alltag gerissen. Brutal. Endgültig.

Die Bilder der Trauermärsche, der stillen Reihen, der Familien – sie lassen einen nicht los. Und trotzdem machen wir weiter. Müssen wir weitermachen. Genau das ist die Wahrheit unseres Berufs.

„Pass auf dich auf“ ist einer der Sätze, die ich am häufigsten gehört habe.

Ich höre ihn. Ich nehme ihn ernst. Aber ich sage auch: Wer Verantwortung trägt, lebt nicht risikofrei – weder im Einsatz noch in der Gewerkschaft. Ich bin Mohrherr. Und ich stehe mit meinem Namen für Entscheidungen, die nicht bequem sind.

2025 war auch politisch ein Jahr der Zuspitzung.

Innere Sicherheit wird zur Projektionsfläche. Sicherheit zur Schlagzeile. Polizei zum Symbol. Ich habe erlebt, wie

schnell einfache Antworten Applaus bekommen – und wie schwer es ist, differenziert zu bleiben. Genau deshalb ist unsere Rolle als GdP so entscheidend: nicht laut um jeden Preis, sondern klar. Erklärt. Standfest. Mit Haltung.

Wir erleben hybride Bedrohungen, Desinformation, digitale Radikalisierung. Ein moderner Verfassungsschutz ist keine Option – er ist notwendig.

Und ja: Ich habe erlebt, wie respektlos der Ton geworden ist. Von außen. Und vielfach leider auch von innen. Das benenne ich. Ohne Relativierung.

Verantwortung macht Angst. Punkt.

Wer etwas anderes behauptet, lügt – oder trägt sie nicht wirklich. Aber Angst darf nicht lähmen. Sie darf uns sensibel machen. Wach. Menschlich.

Ich habe diese Gewerkschaft nicht als fertiges Projekt übernommen. Sie ist ein lebendiges System. Ein Schiff, das nur fährt, weil viele Schultern es tragen. Und ich bin kein Kapitän auf der Brücke. Ich bin Teil der Mannschaft.

Die Vereinbarkeit von Familie, Dienst und Engagement ist kein Randthema. Sie ist die Realität vieler Kolleginnen und Kollegen – und auch meine. Wer darüber nicht spricht, macht Politik an der Lebenswirklichkeit vorbei.

Unsere Gewerkschaft lebt – durch die Menschen.

Durch die, die nachts Gespräche führen, Konflikte moderieren, Kaffee bringen, zuhören, wenn niemand hinsieht.

Durch Ehrenamtliche, die nicht fragen, ob es sich lohnt – sondern ob es gebraucht wird. Dieses Netz trägt. Mich. Dich. Uns.

2026 wird kein leichtes Jahr. Aber es ist ein Jahr voller Möglichkeiten.

Wir werden Weichen stellen müssen:

- für Arbeitszeitmodelle, die schützen statt verbrennen,
- für Fortbildung im Dienst, nicht auf Kosten der Freizeit,
- für faire Besoldung und echte Perspektiven, besonders in den unteren Bereichen,
- für eine Polizei, die technisch mithält und menschlich bleibt,
- für klare Kante gegen Extremismus – egal von wo,
- für eine Sicherheitsarchitektur, die auf Zusammenarbeit setzt,
- und für eine Gewerkschaft, die ihre Mitglieder nicht verwaltet, sondern befähigt.

Ich verspreche nichts, was ich nicht halten kann.

Aber eines verspreche ich: Ich werde unbequem bleiben. Klar bleiben. Mich vor unsere Kolleginnen und Kollegen stellen – auch dann, wenn der Gegenwind immer stärker wird.

Ich schreibe diese Zeilen nicht nur als Landesvorsitzender, sondern als Mensch.

Als jemand, der an die Demokratie glaubt. An diese Gewerkschaft. An die Menschen darin.

Mein Wunsch für 2026 ist einfach – und groß zugleich:

- Dass wir nicht nur reagieren, sondern gestalten.
- Dass wir uns nicht verlieren, sondern füreinander einstehen.
- Und dass wir den Mut haben, Dinge zu verändern – auch wenn sie noch unfertig sind.

Mut ist kein Gefühl.

Mut ist eine Entscheidung.

Lasst uns diese Entscheidung gemeinsam treffen. ■

Jens Mohrherr

VERSTECKTE GEFAHR ODER OFFENE BEDROHUNG?

EXTREMISMUS VS. KRITISCHE INFRASTRUKTUR ALS WACHSENDE HERAUSFORDERUNG

Deutschland erlebt seit mehreren Jahren eine Phase permanenter Krisen. Die Corona-Pandemie war dabei kein isoliertes Ereignis, sondern ein Beschleuniger gesellschaftlicher Entwicklungen. Die Auswirkungen trafen die Bevölkerung höchst unterschiedlich: Familien stärker als Singles, ältere Menschen anders als jüngere, bestimmte Berufsgruppen existenziell, andere kaum spürbar. Home-schooling, Kontaktbeschränkungen und der Wegfall sozialer Ausgleichsräume stellten für viele Bürgerinnen und Bürger eine enorme Belastung dar – nicht nur organisatorisch, sondern auch psychisch.



Wittig/Klgen.

Solche extremen Ausnahmesituationen wirken wie ein Brennglas. Sie verstärken soziale Spannungen, fördern Misstrauen gegenüber staatlichen Institutionen, den politischen Entscheidungsträgern und schaffen ein Klima, in dem Radikalisierung gedeihen kann.

Dabei sind es nicht allein lautstarke Demonstrationen oder offen extremistische Gruppierungen, die Sicherheitsbehörden und insbesondere unsere Kolleginnen und Kollegen beschäftigen. Weit aus gefährlicher sind häufig jene Entwicklungen, die sich im Verborgenen vollziehen.

Eine Radikalisierung jenseits der breiten Öffentlichkeit

An offen auftretende Verschwörungstheoretiker, Reichsbürger oder ideologische Wortführer hat sich die Öffentlichkeit offensichtlich fast schon gewöhnt.

Diese Akteure sind sichtbar, analysierbar und grundsätzlich beobachtbar. Unsere Staatsschutzdienststellen und die Verfassungsschutzbehörden leisten hier tagtäglich intensive Arbeit. Und unter den gegebenen rechtlichen Möglichkeiten wahrlich kein Kinderspiel.

Doch die eigentliche Herausforderung liegt zunehmend bei jenen Personen, die nicht offen in Erscheinung treten, sich nicht organisieren und dennoch hochgradig gefährlich sind.

Radikalisierung findet heute oft isoliert statt – in digitalen Echokammern, über Messenger-Dienste, Foren, oder sozialen Netzwerken.

Ideologische Grenzen verschwimmen dabei zunehmend. Verschwörungsglauben, Staatsablehnung und Gewaltfantasien bilden eine toxische Mischung, die sich

situativ mit rechten wie linken Extremisten verbinden kann.

Gerade Einzeltäter oder Kleinstgruppen ohne erkennbare Führungsstrukturen entziehen sich klassischen Beobachtungsmustern. Sie handeln spontan, emotional aufgeladen und ohne Rücksicht auf Konsequenzen – was sie daher unberechenbar und besonders gefährlich macht.

Extremismus hat viele Gesichter

Seit Jahren hören wir sie, die Schreie und die Hilferufe im Umgang mit dem Rechtsextremismus und der „Radikalisierung politischer Gruppierungen“.

Politik hat sich darauf eingeschossen. Kein Tag vergeht, an dem nicht über schärfere Regulierung durch Gesetze, neue Überwachungsprozedere, bis hin zu Verbotverfahren für Vereine und Parteien gerufen wird.

Oft sind diese Schreie jedoch ein Beleg von eigener Unfähigkeit oder fehlendem politischen Willen, den Phänomenen gemeinsam zu begegnen. Alleingänge oder die Wiederholung von Forderungen ohne Taten folgen zu lassen, helfen hier wenig.

Der Rechtsextremismus stellt in der Tat weiterhin eine erhebliche Bedrohung für den Rechtsstaat dar. Waffenfunde, paramilitärische Vorbereitungen, sogenannte „Tag-X“-Szenarien und eine zunehmende Enthemmung der Sprache sind alarmierende Zeichen.

Immer wieder zeigt sich, dass einzelne Akteure über ein erhebliches, auch verbales rechtes Gewaltpotenzial verfügen und bereit sind, dieses auch einzusetzen.

Reichen die parteiideologisch geprägten Handlungsandrohungen aber aus? Gibt es mehr Gegner als Befürworter?

Linksextremismus links liegen gelassen

Über die Jahre war es aus aktuellen Anlässen der vergangenen Monate mehr als fahrlässig, andere extremistische Phänomenbereiche auszublenden.

Insbesondere der linksextremistische Bereich zeigt seit Jahren eine zunehmende Bereitschaft zur Gewalt – insbesondere gegen staatliche Einrichtungen, Unternehmen, politische Gegner und Sicherheitsbehörden.

Die linke Szene ist nie eingeschlafen und hat es taktisch klug geschafft, aus dem vermeintlich Verborgenen wieder an die Öffentlichkeit zu treten. Mit teils extremer Gewalt und ohne Rücksicht auf unsere Werte.

Während rechte Täter häufig auf symbolträchtige Anschläge gegen Menschen zielen, setzt der militante Linksextremismus verstärkt auf Sabotage, Brandstiftung und gezielte Angriffe auf die kritische Infrastruktur.

Beide Formen des Extremismus verfolgen letztlich dasselbe Ziel: die Delegitimierung des Staates und die Untergrabung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Angriff auf das Nervensystem des Staates und seiner Einrichtungen

Der Anschlag auf das Berliner Stromnetz im Januar 2026 markiert in dieser Entwicklung eine neue Qualität.

Er machte deutlich, wie verwundbar moderne Gesellschaften sind – und wie groß die Auswirkungen eines vergleichsweise „leisen“ Anschlags sein können.

Stundenlange Stromausfälle legten ganze Stadtteile lahm, Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen mussten auf

Notstrom umschalten, Verkehrssysteme kamen teilweise zum Stillstand, Kommunikationsnetze waren eingeschränkt.

Solche Angriffe zielen nicht auf unmittelbare Opferzahlen, sondern auf Verunsicherung, Kontrollverlust und Vertrauensschäden. Kritische Infrastruktur ist das Nervensystem unseres Staates.

Energieversorgung, Wasser, Telekommunikation, Verkehr, Gesundheitswesen und IT-Strukturen sind hochgradig vernetzt – und damit zugleich auch anfällig.

Extremistische Akteure wissen das. Sabotage an Infrastruktur erfordert oft weniger logistischen Aufwand als klassische Anschläge, erzeugt aber eine enorme gesellschaftliche Wirkung.

Sind wir unvorbereitet oder überfordert

Ich erinnere mich einige Jahre zurück, als die hessische Polizei sich landesweit mit genau diesen Themen befasste.

In allen Präsidien wurden selbständige Arbeitsgruppen gegründet, die unter der Koordinierung des Landespolizeipräsidiums standen. AG Kritis, so deren Name.

Viele Menschen haben sich nicht nur Gedanken gemacht, sondern kluge Konzepte erarbeitet, wie wir uns auf einen Ernstfall vorbereiten müssen und im Extremfall darauf reagieren.

Was ist daraus geworden? Hatten wir einen solchen Ereignisfall noch nicht, was möglicherweise ein präventiver Erfolg wäre, und wie lange dauert der Friede an?

Unsere Kolleginnen und Kollegen sind die ersten, die im Ereignisfall gefordert sind, das hat der Sabotageakt in Berlin verdeutlicht. Aber sind sie auch bis in die Tiefe der Dienststellen auf der Straße darauf vorbereitet und wissen, was zu tun ist, ohne dass das große Chaos ausbricht?

Welchen Gefahren sind wir ausgesetzt?

Die Bedrohungslage für den Rechtsstaat ist komplex und dynamisch:

- Sabotageakte gegen kritische Infrastruktur
- Hybridbedrohungen, bei denen politische Extremisten mit organisierter Kriminalität kooperieren
- Radikalisierung im digitalen Raum, oft ohne reale soziale Korrekturen
- Psychisch instabile Einzeltäter, die in Krisenlagen eskalieren
- Gezielte Angriffe auf Einsatzkräfte, um die staatliche Autorität zu untergraben

Diese Gefahren treffen auf eine Polizei, die bereits jetzt an vielen Stellen in Hessen und auch anderen Bundesländern an ihren Belastungsgrenzen arbeitet – personell, technisch und mental.

Wie lange halten sie das aus?

Prävention statt Reaktion – aber nicht ohne Konsequenz

Anschläge wie in Berlin zeigen:

Reines Reagieren reicht nicht aus. Notwendig ist ein ganzheitlicher Sicherheitsansatz, der Prävention, Aufklärung und konsequentes Einschreiten verbindet.

Dazu gehören:

- Frühzeitige Radikalisierungsprävention, auch im digitalen Raum
- Konsequente Beobachtung aller extremistischen Bestrebungen, unabhängig von politischer Richtung
- Enger Informationsaustausch zwischen Polizei, Nachrichtendiensten und Betreibern kritischer Infrastruktur
- Gezielter Objektschutz und technische Sicherung sensibler Anlagen (extern)
- Klare gesetzliche Rahmenbedingungen und politische Rückendeckung für polizeiliches Handeln

Die Polizei ist dabei zentraler Akteur. Sie ist Frühwarnsystem, Interventionsinstanz und Garant staatlicher Handlungsfähigkeit. Diese Rolle kann sie jedoch nur erfüllen, wenn sie angemessen ausgestattet, personell verstärkt und gesellschaftlich unterstützt wird.

Sicherheit ist mit Sicherheit keine Selbstverständlichkeit

Der Schutz des Rechtsstaates ist keine Aufgabe allein der Sicherheitsbehörden. Eine demokratische Gesellschaft lebt vom Mitwirken ihrer Bürgerinnen und Bürger.

Aufmerksamkeit bedeutet nicht Denunziation. Nicht jede zugespitzte Meinungsäußerung ist extremistisch. Wenn jedoch offen Gewalt legitimiert, der Staat delegitimiert, oder die freiheitliche Grundordnung infrage gestellt wird, darf Schweigen keine Option sein.

Die Geschichte zeigt, wie schnell demokratische Strukturen unter Druck geraten können. Zeiten wie der „Deutsche Herbst“ dürfen sich nicht wiederholen. Zu hoch war der Preis an Menschenleben, zu tief die gesellschaftlichen Narben.

Extremismus – gleich welcher Couleur – und Angriffe auf unsere Infrastruktur sind reale Gefahren. Ihnen wirksam zu begegnen erfordert Wachsamkeit, Professionalität und eine starke Polizei.

Oder anders gesagt: Der Rechtsstaat ist wehrhaft – aber nur, wenn wir ihn auch verteidigen.

Fazit: Sicherheit braucht klare Entscheidungen

Die aktuellen Entwicklungen zeigen unmissverständlich: Die Bedrohung für unseren Rechtsstaat ist real, vielfältig und dynamisch. Extremismus von rechts wie von links, zunehmende Radikalisierung

im digitalen Raum sowie gezielte Angriffe auf kritische Infrastruktur stellen Staat und Gesellschaft vor Herausforderungen, die mit den Instrumenten von gestern nicht mehr zu bewältigen sind.

Der Anschlag auf das Berliner Stromnetz war kein isolierter Vorfall, sondern ein Warnsignal. Er hat offengelegt, wie verwundbar unsere hochvernetzte Gesellschaft ist – und wie groß die Auswirkungen selbst punktueller Sabotageakte sein können.

Die Polizei steht dabei an vorderster Front. Sie ist Frühwarnsystem, Schutzmacht und Krisenmanager zugleich. Doch diese Rolle kann sie nur dann wirksam ausfüllen, wenn politische Verantwortungsträger den Worten endlich Taten folgen lassen.

Sicherheit ist kein Selbstläufer und keine haushaltspolitische Verfügungsmasse. Wer den Schutz kritischer Infrastruktur, die Abwehr extremistischer Bedrohungen und die Handlungsfähigkeit des Rechtsstaates ernst nimmt, muss die Polizei entsprechend ausstatten. Die GdP fordert daher vehement:

- Eine nachhaltige personelle Stärkung der Polizei in allen Bereichen – insbesondere im Staatsschutz, in der Cybercrime-Bekämpfung und beim Objektschutz kritischer Infrastruktur
- Eine moderne technische Ausstattung, die den aktuellen Bedrohungslagen gerecht wird
- Klare rechtliche Befugnisse und eindeutige Zuständigkeiten, damit Prävention und Intervention nicht an formalen Hürden scheitern
- einen intensivierten Informationsaustausch zwischen Polizei, Nachrichtendiensten und Betreibern kritischer Infrastruktur
- Sowie eine politische und gesellschaftliche Rückendeckung.

Ebenso notwendig ist eine offene, ehrliche gesellschaftliche Debatte. Extremismus darf nicht relativiert oder selektiv betrachtet werden. Gewalt gegen den Staat, gegen Einsatzkräfte, oder gegen die Grundlagen unseres Zusammenlebens ist in keiner Form akzeptabel – unabhängig davon, aus welchem politischen Spektrum sie stammt.

Wir brauchen eine starke Polizei, klare politische Entscheidungen und eine Gesellschaft, die Sicherheit nicht erst dann einfordert, wenn sie bereits verloren zu gehen droht.

Die Zeit des Abwartens ist vorbei. Jetzt ist Handeln gefragt. ■

Peter Wittig

DIE HESSISCHEN TARIFVERHANDLUNGEN 2026

NOTWENDIGE SCHRITTE ZUR ANERKENNUNG DER POLIZEI- UND TARIFBESCHÄFTIGTEN

Im Februar 2026 begannen in Hessen die Tarifverhandlungen für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Angesichts der Herausforderungen der vergangenen Jahre und der teils unzureichenden Wertschätzung durch Politik und Arbeitgeber wird diese Tarifrunde zu einem entscheidenden Moment. Unter dem Credo „Wenn nicht JETZT, wann dann?“ fordert die hessische Gewerkschaft der Polizei (GdP) eine deutliche Verbesserung der Arbeits- und Einkommensbedingungen. Doch was genau steckt hinter diesen Forderungen, und warum sind sie so wichtig?

Herausforderungen der letzten Jahre

Die letzten Jahre waren für die Polizei und andere Bereiche des öffentlichen Dienstes in Hessen äußerst belastend.

Die ständigen Überstunden, fehlende Personalressourcen und die zunehmende Gewalt gegen Polizeibeschäftigte haben das Arbeitsumfeld zunehmend erschwert. Diese Probleme sind nicht nur temporär, sondern zeichnen sich durch strukturelle Mängel im System aus, die bisher nicht ausreichend adressiert wurden.

Eines der gravierendsten Probleme ist die hohe Zahl unbezahlter Überstunden. Sie sind nicht nur ein persönlicher Stressfaktor für die Betroffenen, sondern wirken sich auch auf die Qualität der Arbeit aus, da die ständige Mehrarbeit auf Dauer nicht tragbar ist. Zudem fehlt es an gezielten Maßnahmen zur Personalgewinnung und -bindung. Die hohe Personalfluktuation und die unzureichenden Fort- und Weiterbildungsangebote verstärken das Gefühl der Überlastung und mangelnden Wertschätzung.

Der fehlende (Freizeit)Ausgleich für die geleistete Mehrarbeit, die strukturellen Mängel bei der Personalplanung und die fortlaufenden Sparmaßnahmen im Haushalt haben das Vertrauen in die Arbeitgeberseite und die Politik stark belastet.

Die Forderungen, die die GdP in diesem Jahr aufstellt, sind daher nicht nur eine Reaktion hierauf, sondern ein Aufruf zu einer grundlegenden Neuausrichtung der Arbeitsbedingungen.

Die politischen und finanziellen Rahmenbedingungen

Ein zentrales Thema der Tarifrunde 2026 ist die Frage der finanziellen Mittel.



Wittig/Kl-gen.

Die GdP weist darauf hin, dass es durchaus genug Geld im öffentlichen Haushalt gibt, um eine deutliche Entgelterhöhung für die Beschäftigten zu ermöglichen. Es geht nicht um das Fehlen von Mitteln, sondern um die politische Prioritätensetzung. „Geld ist vorhanden – es muss politisch richtig eingesetzt werden“, so ein zentrales Statement der Gewerkschaft.

Statt die Mittel für Wahlkampf oder Diäten zu verwenden, fordert die GdP eine gezielte Investition in die Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes.

Dies ist nicht nur eine Frage der fairen Entlohnung, sondern auch der sozialen Gerechtigkeit. In vielen Bereichen des öffentlichen Dienstes, insbesondere in der Polizei, wird den Beschäftigten zwar eine hohe Verantwortung übertragen, doch die Anerkennung dieser Leistung bleibt oft auf der Strecke.

In den vergangenen Jahren wurden die Beschäftigten regelmäßig mit Belastungen konfrontiert, ohne dass eine entsprechende Entlohnung oder Wertschätzung durch die Arbeitgeberseite erfolgte.

Die zentralen Forderungen der GdP

Die GdP hat mehrere Kernforderungen **Spürbare Entgelterhöhungen:**

Zentrales Anliegen ist eine gerechte Entlohnung. Eine spürbare Entgelterhöhung zeigt die Wertschätzung der Arbeit. **Übernahme des Tarifergebnisses auf Beamte und Versorgungsempfänger:**

Eine zeit- und wirkungsgleiche Übernahme zeigt die Verbundenheit der verschiedenen Gruppen im öffentlichen Dienst. Die gesamte Belegschaft muss gleichermaßen profitieren.

Personalaufstockung und die Schaffung neuer Tarifstellen:

Insbesondere in der Polizei gibt es strukturelle Unterbesetzungen, die nur durch die Schaffung zusätzlicher Tarifstellen und gezielte Hebungen beseitigt werden können.

Faire Arbeitszeitregelungen und Anerkennung von Mehrarbeit:

Die Arbeitsbelastung der Beschäftigten muss verringert und gleichzeitig die Qualität der Arbeit gesichert werden.

Qualifizierung und Weiterbildung:

Fortbildung fördert nicht nur die persönliche und berufliche Entwicklung, sondern auch die Effizienz und Sicherheit im Dienst mit allen Facetten.

Schutz der Beschäftigten vor Gewalt:

Ein besorgniserregendes Phänomen. Die GdP fordert verstärkte Maßnahmen zum Schutz der Beschäftigten und zur Prävention von Gewalt am Arbeitsplatz.

Verlässliche Finanzierung:

Die finanziellen Mittel im öffentlichen Haushalt dienen nicht nur zur Deckung der Grundbedürfnisse, sondern auch zur Schaffung nachhaltiger Verbesserungen im Arbeitsumfeld der Beschäftigten.

Solidarität als Schlüssel zum Erfolg

Die Tarifrunde 2026 ist nicht nur eine Frage des Geldes, sondern auch der Anerkennung und des Respekts gegenüber den Menschen. Nur durch eine breite und starke Beteiligung der Beschäftigten kann Druck auf die Arbeitgeberseite ausgeübt werden. Wir rufen daher ALLE Mitglieder auf, sich aktiv in die Tarifrunde einzubringen; durch Demos, Warnstreiks und gegebenenfalls Streiks. Wir sind es wert! ■

Jens Mohrherr

GdP – ES LOHNT SICH, GENAUER HINZUSCHAUEN!

75 JAHRE GEWERKSCHAFT DER POLIZEI – EINE BESONDERE ERFOLGSGESCHICHTE

Die GdP im Bund feierte im September 2025 ihr 75-jähriges Bestehen. Auch die GdP Hessen blickt auf 75 Jahre Erfolgsgeschichte zurück. Gegründet 1951 auf den Trümmern von Diktatur und Weltkrieg – in der Tradition der Weimarer Republik – war und ist unsere historische Prämisse klar: Demokratie schützen und Bürgerrechte wahren. Das Fundament einer bürgernahen Polizei bedeutet für uns, paramilitärische Strukturen ebenso wie die Übertragung polizeilicher Aufgaben an Dritte konsequent abzulehnen.



Bilder: GdP He.

Rechtsstaatlichkeit und Verhältnismäßigkeit sind der Maßstab unseres Handelns. Ein demokratisches Selbstverständnis schließt die klare Ablehnung extremistischer Tendenzen und Populismus ein. Der Schutz der Würde des Menschen gemäß Artikel 1 Grundgesetz ist und bleibt unsere Verpflichtung.

Seit 75 Jahren nehmen wir maßgeblichen Einfluss auf die Entwicklung einer zivilen, bürgernahen Polizei. Hessen war das erste Bundesland, das die zweigeteilte Laufbahn eingeführt hat – ein Modell, auf das viele andere Länder noch heute mit Neid blicken.

Den 75. Geburtstag der GdP Hessen feiern wir im Rahmen unseres Landesdelegiertentages vom 21. bis 23. April in Marburg.

Die GdP ist heute die weltweit größte Polizeigewerkschaft und genießt einen hohen Stellenwert in der Landespolitik. Nicht jede und jeder kann diese lange Geschichte im Detail nachvollziehen. Anlässlich des 50-jährigen Bestehens der GdP Hessen wurde daher eine Chronik veröffentlicht, die weiterhin abrufbar ist.

„Die Vergangenheit kann uns nicht sagen, was wir tun sollen, wohl aber, was wir lassen müssen.“ (José Ortega y Gasset)

Die GdP steht fest auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Dieses Bekenntnis ist auch Voraussetzung für den Dienst als Polizeibeamtin oder Polizeibeamter in Hessen. Entsprechend ist es in § 2 unserer Satzung klar verankert: wir lehnen undemokratische Bestrebungen jeder Art ab und treten aktiv für die Grund- und Menschenrechte ein. Unser Jubiläum fällt in eine politisch wie gesellschaftlich herausfordernde Zeit.

Fragen der inneren und äußeren Sicherheit, soziale Ungleichheit, neue Arbeitsformen und die Auseinandersetzung mit Rassismus prägen die Debatten. Polizistinnen und Polizisten sind Teil dieser Diskussion – mittendrin, nicht außen vor.

Demokratie braucht Mehrheiten und Vielfalt. In der GdP finden viele Stimmen Raum: Jugend, Frauen, Senior*innen, Vielfalt, Fachlichkeit, Tarif- und Beamtenbereich, Europa – wir sind die GdP.

Mit unserer Mitgliedschaft in der europäischen Gewerkschaftsvereinigung EU.Pol bekennen wir uns klar zur Europäischen Union. Bundesweit sind über 210.000 Kolleginnen und Kollegen in der GdP organisiert – in den Ländern ebenso wie bei BKA, Bundespolizei und Zoll.



Wir sind eine starke, verlässliche und durchsetzungsfähige Organisation – ansprechbar bis in die kleinsten Organisationseinheiten. Unsere gewerkschaftspolitischen Forderungen und unsere fachliche Expertise finden Gehör im Hessischen Landtag, bei Gesetzesvorhaben ebenso wie bei polizeifachlichen Fragestellungen.

Unsere Fachgremien wirken landes- und bundesweit, unser Netzwerk reicht weit über Deutschland hinaus. Hinzu kommt ein umfangreiches Leistungsangebot exklusiv für Mitglieder.

Als größte Polizeigewerkschaft in Hessen und Deutschland werden wir diesen Weg konsequent fortsetzen. Dafür braucht es Menschen, die sich mit unseren Zielen, unserer Satzung und unserem Handeln identifizieren – aus Überzeugung und aus Haltung.

„Wir sind nicht gut, weil wir groß sind – wir sind groß, weil wir gut sind.“

Stillstand ist keine Option. Beim 28. Landesdelegiertentag werden wir zu zentralen Themen wie Digitalisierung, Vielfalt, Arbeits- und Gesundheitsschutz, Kommunikation und Vertrauensleutearbeit Position beziehen.

Auch die laufenden Projekte P 25 und S 25 bleiben im Fokus. Sie stellen die größte organisatorische Veränderung der hessischen Polizei seit Einführung der Polizeipräsidien 2001 dar und führen verständlicherweise zu Verunsicherung.

Als Personalvertretungen setzen wir daher von Beginn an auf Transparenz, Dialog und Beteiligung.

Die nächsten Höhepunkte sind die Tarifverhandlungen in Hessen, beginnend am 27. Februar in Wiesbaden. Hier setzen wir auf eure Solidarität und eure aktive Unterstützung.

Zum Abschluss danke ich allen, die in den vergangenen 75 Jahren Teil der GdP-Familie waren und sind:

- Danke an alle Kolleginnen und Kollegen für ihren täglichen Einsatz für die Sicherheit,
- Danke an alle Mitglieder für ihre Unterstützung,
- Anerkennung für das Engagement der Ehren- und Hauptamtlichen,
- Danke an die Bürgerinnen und Bürger für ihr Vertrauen in die Polizei.

Jens Mohrherr

GLEICHE STRASSE – UNGLEICHE REGELN

WARUM FAHRRÄDER NICHT LÄNGER IM RECHTSFREIEN RAUM UNTERWEGS SEIN SOLLTEN

Wenn es um Polizeiarbeit geht, habe ich eine sehr große, persönliche Passion, der ich interessanterweise jedoch nur in der polizeilichen Theorie und fast schon privat fröne: der Straßenverkehr und seine Akteure. Da mir offensichtlich die privaten und dienstlichen Fahrten nicht ausreichen, um mich aktiv diesem Thema zu widmen, folge ich einer Vielzahl an Dashcam-Kanälen. Für mich sind diese Formate so etwas wie das Trash-TV des Privatfernsehens, weil ich mich ohne eigenes Risiko an den wahnsinnigen Manövern und unvorstellbaren Dummheiten fragwürdiger Personen ergötzen kann. Dabei ist die existenzielle Grundlage dieser Kanäle die Kombination aus allgegenwärtigem Voyeurismus und der sehr traurigen Entwicklung, dass viele Verkehrsteilnehmer das Gefühl haben, sich aktiv vor anderen Menschen schützen zu müssen.

Es ist eine dieser Szenen, die jeder kennt und bei denen man sich immer wieder fragt, ob es so etwas wie Schutzengel wirklich gibt:

Eine Ampelkreuzung in der Innenstadt, dichter Feierabendverkehr, ein Kind an der Hand der Mutter. Trotz grüner Ampel für die Fußgänger ein kurzer Blick nach links, ein Blick nach rechts. Frei. Mutter und Kind gehen los. Dann ein Surren.

Ein E-Bike schießt an den wartenden Autos und knapp an den beiden Fußgängern vorbei. Vielleicht 25 Stundenkilometer, vielleicht mehr. Bremsen, Schreie, Herzklopfen. Glück gehabt. Heute.

Wer war das eigentlich? Keine Ahnung. Kein Kennzeichen, keine Identität, keine Möglichkeit, den Vorfall aufzuklären. Keine Möglichkeit einen rücksichtslosen Menschen zur Verantwortung zu ziehen.

Nicht immer gehen diese Situationen gut aus. Im Oktober 2025 fährt ein E-Bike-Fahrer in Alzenau (Landkreis Aschaffenburg) ein zehnjähriges Mädchen auf einem Fußgängerüberweg an und verletzt dieses schwer.

Anstatt sich um das Mädchen zu kümmern, flüchtet er unerkannt vom Unfallort, stellte sich später selbst der Polizei. Im September 2025 verletzte ein 21-jähriger E-Bike-Fahrer einen 85-jährigen Fußgänger in Schwelm (Ennepe-Ruhr-Kreis) schwer, der eine Straße überqueren wollte.

Willkommen im modernen Straßenverkehr – mit einem erstaunlich großen blinden Fleck: dem Fahrrad!

Dabei ist das Grundprinzip unseres Verkehrsrechts eigentlich klar und über Jahrzehnte bewährt:

Straßenverkehr birgt Risiken. Wer am Verkehr teilnimmt, hat seine Eignung und die seines Gefährts nachzuweisen, ist identifizierbar und haftet für die Schä-

den, die er verursacht. Motorräder tragen Kennzeichen, Autos sowieso. Roller auch.

Selbst E-Scooter, die leichter, langsamer und in vielen Fällen deutlich weniger massiv sind als ein Fahrrad, benötigen ein Versicherungskennzeichen. Nur das Fahrrad nicht und damit ausgerechnet das Verkehrsmittel, das durch den Siegeszug der E-Bikes längst kein harmloser Drahtesel mehr ist.

Moderne E-Bikes bringen schnell 20 bis 30 Kilogramm auf die Waage und erreichen Geschwindigkeiten, die im Stadtverkehr mit denen motorisierter Fahrzeuge konkurrieren.

Damit sind sie sogar im Durchschnitt schwerer als die meisten E-Scooter und in ihrer Höchstgeschwindigkeit nicht starr begrenzt. Dazu kommt, dass sie sich im Gegensatz zu den klassisch motorisierten Gefährten zwischen Autos, Fußgängern, Kindern und älteren Menschen bewegen – oft auf engem Raum, nicht selten dort, wo sie eigentlich gar nicht fahren dürften. Das Gefahrenpotenzial ist real.

Gerade für Fußgänger ist ein Zusammenprall mit einem so schnellen und schweren Gefährt aus Metall ein erhebliches Gesundheitsrisiko.

Dabei sind E-Bikes natürlich deutlich risikobehafteter, aber auch ein reguläres Fahrrad reicht für schwere Unfälle vollkommen aus.

Haftungs- und Versicherungsfragen

Spätestens beim Blick auf die Haftungsfrage wird die Schiefelage der aktuellen Situation deutlich.

Wird ein Fußgänger von einem Auto erfasst, greift die Kfz-Haftpflicht. Beim E-Scooter ebenfalls.

Wird ein Fußgänger von einem Fahrrad oder E-Bike verletzt, hängt alles vom „guten Willen“ des Verursachers und von dessen privater Haftpflichtversicherung



Bilder: Spangenberg/Ki-gen.

ab, sofern überhaupt eine besteht und den Schaden abdeckt.

Tut sie das nicht, bleibt das Opfer oft allein zurück. Mit Behandlungskosten, Verdienstausschlag, Folgeschäden, rechtllichem Ärger. Der Schaden ist dann genauso real wie die fehlende Vorsorge durch den Gesetzgeber, der andere gleich gelagerte Fälle durch eine Versicherungspflicht deutlich angenehmer für die Geschädigten gestaltet und bewusst eine Absicherung geschaffen hat.

Hier zeigt sich deutlich, wozu es eigentlich geht:

Gleichbehandlung und Schutz im Verkehrsraum

Nicht im moralischen Sinne, sondern im rechtlichen und systemischen. Wer ein vergleichbares Risiko schafft, sollte auch vergleichbare Pflichten tragen.

Es ist kaum vermittelbar, warum ein E-Scooter mit 20 km/h und geringem Gewicht versicherungspflichtig ist, ein E-Bike mit 25 km/h, höherer Masse und erheblich größerer Reichweite aber nicht. Noch schwerer erklärbar ist, warum sich der Schutz der Opfer nach der Antriebsart richtet – und nicht nach dem tatsächlichen Schadenspotenzial.

Schon rein physikalisch betrachtet, ist das Schadenspotenzial eines E-Bikes deutlich höher als das eines E-Scooters, da ein höheres Gewicht und eine höhere Geschwindigkeit zu mehr kinetischer Energie führen.

Ein E-Bike mit einem 100 kg schweren Mann bei 25 km/h entfaltet bei einem Unfall mit einem Fußgänger in etwa die gleiche Energie (rund 3,1 kJ) wie ein Kleinwagen mit 10 km/h.

Die Ungleichbehandlung hat Folgen, auch für die Akzeptanz von Regeln. Fahrradfahrer stehen seit Jahren in der Kritik, Verkehrsregeln häufiger zu missachten – Rotlicht, Gehweg, Vorfahrt.

Ob diese Kritik immer gerechtfertigt ist, sei dahingestellt. Entscheidend ist das strukturelle Problem:

Ohne Kennzeichen ist eine nachträgliche Identifizierung kaum möglich

Ohne Identifizierung keine Sanktion. Ohne Sanktion kein Lerneffekt.

Wer sich regelkonform verhält, fühlt sich benachteiligt. Wer sich rücksichtslos verhält, fährt davon, auch bei Kontrollen. Rechtsgleichheit sieht anders aus und sind wir doch mal ehrlich: Droht keine Strafe, verhält ein Mensch sich deutlich weniger sozialkonform.

Schreckgespenst Verwaltungsaufwand

An dieser Stelle wird regelmäßig ein bestimmter Einwand erhoben, um trotz nachvollziehbarer Argumente den aktuellen Mangelzustand beizubehalten:

Der drohende Verwaltungsaufwand.

Zu viele Fahrräder, zu viel Bürokratie, zu viele Kosten.

Ein bekanntes Argument, aber auch eines, das bei genauerem Hinsehen an Überzeugungskraft verliert.

Die Versicherungsgesellschaften betreiben bereits heute millionenfache Verwaltung für Versicherungskennzeichen: für Mofas, Roller, Kleinkrafträder und E-Scooter. Die Systeme existieren, sie funktionieren, sie sind erprobt.

Die einzige Herausforderung ist die potenzielle Masse an Objekten. Schätzungen gehen von über 80 Millionen Fahrrädern aus, die in Deutschland existieren. Blicke ich in den Fahrradkeller unseres Mehrfamilienhauses, dürfte jedoch die Menge „aktiver“ Fahrräder deutlich geringer ausfallen.

Die bekannten Prozesse aus dem Bereich der Versicherungskennzeichen mit den dahinterliegenden Mechanismen und Berechnungsgrundlagen können schlicht angepasst und entsprechend skaliert werden. Das größte Problem dürfte hierbei sein, dass das aktuelle Format der Versicherungskennzeichen aus drei Buchstaben und drei Zahlen besteht und nicht für alle zukünftigen Fahrzeuge reichen dürfte. Ein vergleichsweise kleines Problem, wenn man mich fragt.

Klar, Bürokratie ist unbequem – aber sie ist der Preis für Verlässlichkeit, Fairness und Rechtssicherheit und gemeinsame Regeln sind vor allem dort wichtig, wo Menschen aufeinandertreffen.

Eine Kennzeichen- und Versicherungspflicht für Fahrräder

Sie ließe sich pragmatisch umsetzen: angelehnt an eben jene etablierten Prozesse, mit niedrigen Beiträgen für norma-



le Fahrräder, etwas höheren für E-Bikes, mit klaren Ausnahmen für Kinder unter 14 Jahren.

Kein bürokratisches Monster, sondern eine sachgerechte Erweiterung eines bestehenden Ordnungsrahmens mit einem klaren Ziel: Fahrräder, die auf öffentlichen Wegen genutzt werden, müssen eine Haftpflichtversicherung und ein entsprechendes Versicherungskennzeichen vorweisen.

Für die Verkehrssicherheit des Gefährts haften Fahrzeughalter und Fahrzeugführer

Beim Neukauf muss zukünftig vom Händler ein Pass ausgestellt werden, der alle notwendigen Daten enthält, die zum Fahrrad gehören, quasi eine Art einheitlicher Fahrradpass.

Bereits im Gebrauch befindliche Fahrräder kommen mit freiwilligen Angaben zu Hersteller, Modell, Farbe und eventueller Rahmennummer aus. Für E-Bikes sind diese Angaben auch bei älteren Modellen verpflichtend. Ein Balance-Akt zwischen möglichst simpler Umsetzung und Erreichen des verfolgten Ziels, aber ein machbarer.

Mit erschwinglichen Beiträgen, die steuerlich als Mobilitätsgarantie absetzbar sein sollten und im Rahmen von Sozialleistungen auch erstattet werden, wird auch niemand benachteiligt und die Teilnahme am Straßenverkehr steht weiterhin jeder Person offen.

Eine Vision oder Handlungszwang?

Diese Vision kann man teilen, oder eben nicht. Ich sehe Bürokratie und Verwaltung als Mittel zum Zweck und am Ende geht es um eine grundsätzliche Frage:

Wollen wir Verkehrsarten weiter künstlich und unbegründet abgrenzen

oder wollen wir den Verkehrsraum als das behandeln, was er ist: ein gemeinsamer Raum mit gemeinsamen Risiken und gemeinsamen Regeln?

Fahrräder sind ein wichtiger Bestandteil unserer modernen Mobilität. Aber moderne Mobilität braucht moderne Regeln. Wer am Verkehr teilnimmt, sollte identifizierbar sein, haften können und Verantwortung tragen – nicht aus Misstrauen, sondern aus Fairness gegenüber denen, die den Schaden tragen, wenn etwas schiefgeht. ■

Alexander Björn Spangenberg

Hinweis der Redaktion:

In der nächsten Ausgabe des Polizeireport im Juni 2026 erscheint der nächste Artikel des Autors zum Thema „Straßenverkehr“.

Thema wird sein: „Eine Geschichte über die Beziehung von Führerschein und Selbstverständlichkeit“.

Neugierig geworden?

Hier ein paar Zeilen daraus als Vorabprint:

...*„Unser System reagiert spät, verhalten und wenig konsequent auf auffällige Personen und stellt den Erwerb und Bestand einer Fahrerlaubnis über das Interesse der Allgemeinheit an sicherem Straßenverkehr. Mit ein wenig Polemik könnte man sagen, dass es in Deutschland deutlich zu schwer ist, seine Fahrerlaubnis zu verlieren.*

Ein weiteres Problem bei der Identifizierung gefährlicher Verkehrsteilnehmer ist nach meiner Wahrnehmung aber auch die Polizei bzw. die Justiz selbst. Ich habe bereits diverse, klare Sachverhalte privat angezeigt und bin ausnahmslos jedes Mal vom Ausgang schwer enttäuscht worden.

Beispiele gefällig?

- *Jemand fährt rückwärts auf dem zur Nutzung geöffneten Standstreifen der Autobahn, ich muss eine Gefahrenbremsung durchführen, um einen Unfall zu verhindern. – „Keine konkrete Gefährdung ersichtlich. Die Strafanzeige wird eingestellt.“*
- *Jemand überholt im Gegenverkehr mit einem vollbesetzten Fahrzeug und stark überhöhter Geschwindigkeit, sodass ich stark bremsen und zum Fahrbahnrand ausweichen muss? „Das ist nur eine Ordnungswidrigkeit.“*
- *Das aber noch nicht alles: Eben jener Täter zieht als Reaktion auf meine Lichthupe – klar erkennbar absichtlich – kurz vor mir noch mal deutlich mehr vor mein Fahrzeug, lenkt im letzten Moment nach rechts auf seine Spur und schreit währenddessen mit wutverzerrtem Gesicht: „Sie sind doch ausgewichen, dann war das keine ausreichende Gefährdung. Sie können sich einen Zeugenfragebogen abholen...“*

Sind wir also gespannt auf den gesamten Artikel des Autors. ■

Redaktion